

# Das „Prostituiertenschutzgesetz“ kommt – die Heuchelei geht weiter

---

JuWiss Redaktion

2014-08-26T09:13:28

von [ULRIKE LEMBKE](#)

**Seit 2002 ist Prostitution/Sexarbeit in Deutschland rechtlich anerkannt. Das ProstG musste damals am Bundesrat vorbei verabschiedet werden und blieb eine Rumpfregelung, die rechtsfreien Räumen, Diskriminierung und Willkür Vorschub leistete. Jetzt hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) die Eckpunkte einer Neuregelung vorgestellt, die sich weitgehend in repressiven gewerberechtlichen Vorgaben erschöpft. Das bedeutet: Das neue Gesetz soll vielleicht die Bösen treffen, die Großbordelle, Profiteure und Zuhälter; es trifft aber ebenso selbständige Sexarbeiter\*innen, deren Autonomie, Gesundheit und Sicherheit es angeblich stärken soll. Länder und Kommunen dürfen fröhlich mitregeln; Rechtszersplitterung, Diskriminierung und Willkür bleiben. Der Name des Gesetzes gibt Hinweise warum: Sexarbeiter\*innen, die sich nicht selbst als (potentielle) schutzbedürftige Opfer begreifen, haben vom Rechtsstaat offensichtlich nichts zu erwarten.**

## **Regulierung der Prostitution: ein altes Thema**

Vor über hundert Jahren wurde im deutschen Kaiserreich lebhaft über Prostitution diskutiert. Auslöser war ein Todesfall „im Milieu“ ([der Fall Heinze](#)), Grund waren die katastrophalen Bedingungen, unter denen die meisten Prostituierten lebten und arbeiteten. Bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatten radikale Feministinnen die herrschende Doppelmoral attackiert, nach der Prostituierte als sittlich verkommene und zu disziplinierende Frauen gebrandmarkt wurden, während der Staat zugleich ihre Unterdrückung und Ausbeutung duldete bzw. sich aktiv durch Sondersteuern, Zwangsuntersuchungen, polizeiliche Registrierung und Kasernierung in ausbeuterischen Bordellen durch Verbote selbständiger Prostitution beteiligte, weil man meinte, dass Männer ohne sexuelle Dienstleistungen vor und außerhalb der Ehe nicht auskämen.

## **Abolitionismus um 1900: das Ende diskriminierender Regulierung**

[Lida Gustava Heymann](#), eine radikale Feministin aus Hamburg, beschwerte sich bei der Polizei über das unerträgliche Verhalten der Beamten gegenüber den Prostituierten. Als Abolitionistin forderte sie ein Ende rechtlicher Doppelstandards und diskriminierender Regulierung, insbesondere der Kasernierung von Prostituierten in Bordellen. Nach ihrer Ansicht war die Straßenprostitution mit all ihren Schattenseiten der Bordellwirtschaft vorzuziehen, da die Öffentlichkeit wenigstens minimalen Schutz biete. Ihr Versuch, einer jungen Frau auf deren

Wunsch eine andere Arbeit zu vermitteln, scheiterte am [Registrierungssystem](#), da die Polizei sofort den jeweiligen neuen Arbeitgeber über die vorherige Tätigkeit informierte. Heymann schaffte es, die Hamburger Kollaboration von Bordellwirten und staatlichen Stellen 1904 zum Thema des Reichstages werden zu lassen, auch wenn sie sich nun anhören durfte, dass Frauen, die über Prostitution sprechen, eine größere Gefahr für die Sittlichkeit seien als die beklagenswerten Zustände selbst.

## **Die Eckpunkte eines „Prostituiertenschutzgesetzes“**

Letzte Woche hat das BMFSFJ die [Eckpunkte eines „Prostituiertenschutzgesetzes“](#) vorgestellt, welches die Hamburger Bordellwirte wohl endgültig in die Knie zwingen soll. Lida Gustava Heymann wäre trotzdem nicht zufrieden. Zu weit verfehlt werden ihre Ziele, die Doppelmoral, die Diskriminierung, die Rechtlosigkeit zu beenden. Das Gesetz soll das Selbstbestimmungsrecht von Sexarbeiter\*innen stärken, ihre Arbeitsbedingungen verbessern, ihre Gesundheit schützen und Rechtssicherheit schaffen; ferner die Überwachungsmöglichkeiten verbessern, gefährliche sowie sozial unverträgliche Erscheinungsformen verdrängen und Kriminalität in der Prostitution bekämpfen. Mittel zum Zweck sind eine Registrierungspflicht für alle Sexarbeiter\*innen, eine Erlaubnispflicht für alle „Prostitutionsstätten“ mit Ausnahme der Wohnungsprostitution durch die Wohnungsinhaberin selbst, Befristungen und Auflagen, Möglichkeit der Gewerbeuntersagung, Verbot von Flatrate-Bordellen und von Werbung für ungeschützten Geschlechtsverkehr, Befugnisse der Behörden und noch zu entwickelnde Regelungen zum Verhältnis von Prostituierten und Bordellbetreiber\*innen.

## **Grandiose Zielgruppenverfehlung**

Das Gesetz wird vermutlich einige Sexarbeiter\*innen schützen, denn es zielt auf diejenigen, die mit der Sexarbeit Anderer Geld verdienen. Großbordelle und profitierende Zuhälter\*innen sollen gezwungen werden, angemessene und sichere Arbeitsbedingungen zu bieten, von Ausbeutung und Wuchermieten Abstand zu nehmen. Sehr misslich ist jedoch, dass das Gesetz nicht zwischen Laufhaus, BDSM-Studio, Escort-Service, Erotikmassage und drei Sexarbeiter\*innen, die gemeinsam Arbeitsräume angemietet haben, zu unterscheiden imstande ist. Es gibt Berichte von betroffenen Sexarbeiter\*innen darüber, wie steinig der Weg zur legalen Eröffnung eines eigenen Gewerbes in Deutschland derzeit schon ist. Ohne Not sollen selbständige Sexarbeiter\*innen, die sich zu zweit oder dritt zusammengetan haben, um Kosten zu sparen und die Sicherheit zu erhöhen, mit repressiven Regelungen überzogen werden, die sie gar nicht wirklich meinen. Im Anhörungsverfahren wurde der Vorschlag geäußert, dem [neuseeländischen Vorbild](#) zu folgen, wo erhöhte Zulassungsvoraussetzungen erst ab einer Betriebsgröße von fünf Personen gelten. Heterogenität ist eines der prägenden Merkmale von Sexarbeit – das Gesetz sollte diesen Umstand verarbeiten können.

## **Rechtszersplitterung, Diskriminierung und Willkür**

Neben der Frage, was eigentlich der Inhalt des Gesetzes ist – Repressionen für alle? – stellt sich die viel spannendere Frage, was fehlt. Ein wesentliches

Anliegen einer Neuregelung muss es sein, den Zustand der rechtsfreien Räume und der Rechtszersplitterung zu beenden, der aus der Rumpfregelung des [ProstG](#) resultiert. Seitdem ändern sich die Arbeitsbedingungen nicht nur mit dem Überschreiten von Ländergrenzen signifikant, vielmehr hat jede Kommune ihre eigene Regelungspraxis. In einem Gewerbe mit hoher Mobilität wie der Sexarbeit ist das doppelt ungünstig. Daran will das Gesetz aber nichts ändern. Die Länder sollen die Zuständigkeiten regeln, polizeiliche und behördliche Befugnisse sowie kommunale Ordnungspolitiken bleiben unberührt. Es gibt in Deutschland allerdings diverse rechtswidrige Praxen in der Prostitutionsregulierung, deren Bekämpfung dem Bundesgesetzgeber ein Anliegen sein muss, wenn schon von Selbstbestimmung und Rechtssicherheit die Rede ist.

## **Was zu regeln bleibt: öffentlicher Raum, Baurecht, Steuern**

Das BVerfG mag [Art. 297 EGStGB \(Ermächtigungsgrundlage für den Erlass von Sperrgebietsverordnungen\)](#) als noch verfassungsgemäß bezeichnet haben, unumstritten ist dies nicht und ohnehin eine zeitgemäße Regelung ohne „öffentlichen Anstand“ mehr als wünschenswert. Sog. Kontaktverbotsverordnungen haben keine Vermutung der Rechtmäßigkeit für sich; noch weniger die Praxis, den bloßen Aufenthalt [im öffentlichen Raum](#) zum bußgeldbedrohten Anbieten sexueller Dienstleistungen zu deklarieren, wie bspw. die Hamburger Polizei es tut. Erwirtschaftet eine Kommune erhebliche Steuereinnahmen aus dem Straßenstrich, sollte sie zudem zur Instandhaltung einer minimalen Infrastruktur dort verpflichtet sein. Prostitutionsstätten müssen im Baurecht endlich eindeutig klassifiziert werden, um Rechtssicherheit für Sexarbeiter\*innen zu schaffen. Es bietet sich die Einordnung als nichtstörendes Gewerbe an. Für Wohnungsprostitution mit nicht mehr als vier Personen sollte die Privilegierung des [§ 13 BauNVO](#) gelten, denn [das Klientel dürfte auch nicht problematischer sein als das von bspw. Psychotherapeut\\*innen oder Strafverteidiger\\*innen](#). In der Besteuerung der Sexarbeit haben sich diverse verfassungswidrige Modelle etabliert, diese Praxen sind sofort zu beenden.

## **Die neue Doppelmoral**

Ausweislich seines Namens soll das neue Gesetz Sexarbeiter\*innen schützen. Die Perspektive, wer und vor wem zu schützen sei, ist aber sehr begrenzt. Zumindest faktisch abhängige Sexarbeiter\*innen sollen vor Ausbeutung und Gesundheitsgefährdungen in Bordellen geschützt werden. Das ist gut. Selbständige wie abhängige Sexarbeiter\*innen brauchen aber auch Schutz vor behördlicher und polizeilicher Diskriminierung und Willkür. Es ist eine der wesentlichen Aufgaben von Verwaltungsrecht, staatliche Macht einzuhegen und der Kontrolle zugänglich zu machen. Insofern hat sich gegenüber 1900 nicht so viel geändert, Selbstbestimmung und Integrität der Sexarbeiter\*innen können von Privaten wie von staatlichen Stellen bedroht sein. Geändert hat sich aber, dass [Sexarbeiter\\*innen organisiert für gleiche Rechte kämpfen](#). Und es könnte sich noch mehr ändern – mit einem besseren Gesetzentwurf.

---

